

# BADISCHES TAGBLATT

Donnerstag, 11. April 2024

Badische Presse

Ausgabe Baden-Baden

## EU-Parlament für Asylreform

Von Stella Venohr

Brüssel. Nach jahrelangen Diskussionen haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments am Mittwoch in Brüssel für eine Verschärfung des EU-Asylrechts gestimmt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte danach an, sich dafür einzusetzen, dass die nun beschlossene Reform möglichst schnell Wirkung entfaltet.

Mit der Reform sollen die Mitgliedstaaten zu einheitlichen Verfahren an den Außengrenzen verpflichtet werden, damit rasch festgestellt wird, ob Asylanträge unbegründet sind und die Geflüchteten dann schneller und direkt von der Außengrenze abgeschoben werden können. Viele Abgeordnete waren allerdings unzufrieden mit dem im Dezember ausgehandelten Kompromiss. Daher war bis zum Schluss offen, ob das Plenum zustimmen wird. Protest wurde auch während der laufenden Abstimmung sichtbar, als Aktivisten von der Besuchertribüne aus riefen „Dieser Pakt tötet – stimmt dagegen“ und Papierflugzeuge in das Plenum warfen.

Die Reform bedeutet insbesondere einen deutlich härteren Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Ein Drittstaat darf nur dann als sicher eingestuft werden, wenn eine strikte Liste von Kriterien erfüllt ist. So müssen zum Beispiel das Leben und die Freiheit des Antragstellers garantiert werden. Ankommende Menschen aus jenen als sicher geltenden Ländern sollen künftig nach dem Grenzübergang unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen können. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden. Auch die Verteilung der Schutzsuchenden auf die EU-Staaten wird den Plänen zufolge mit einem „Solidaritätsmechanismus“ neu geregelt.

## Wahl in Baden-Baden: Ende vor Gericht?

Baden-Baden (hol). Der Gemeindevwahlausschuss in Baden-Baden, bei dem die Listen für die Kommunalwahl im Juni beschlossen wurden, war alles andere als eine Formsache. Über dem Urnengang schwebt schon jetzt die Gefahr der Anfechtung. Die FBB-Vertreterin im Ausschuss verweigerte den von der Stadt vorgelegten Kandidatenlisten die Zustimmung und stellte eine Wahlanfechtung in den Raum. Mit dem städtischen Rechtsexperten lieferte sie sich ein fast halbstündiges Wortduell. ■ Lokales

## Meisterschaft der Croupiers

Im Spielcasino in Baden-Baden kämpfen 22 Croupiers von staatlich konzessionierten Spielbanken um die deutsche Meisterschaft. Temin Joguncic vom Casino der Bäderstadt hat ein Heimspiel. ■ Lokales



Foto: Bernd Kammermeier

## Mietpreisbremse wird verlängert

Berlin (AFP). Durchbruch bei zwei Streitthemen: Die Ampel-Koalition hat sich auf eine Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung und die Verlängerung der Mietpreisbremse geeinigt. Dies gaben die Regierungsfaktionen am Mittwoch bekannt. Die Vorratsdatenspeicherung war von mehreren Gerichten für rechtswidrig erklärt worden und ist zurzeit ausgesetzt, stattdessen kommt nun das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren. Für dieses hatte sich vor allem die FDP stark gemacht. Die Liberalen stimmten im Gegenzug für die Einigung der Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029 zu.

### Einigung auch bei der Datenspeicherung

„Ein guter Tag für Freiheit und Sicherheit“, erklärte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) im Online-Dienst X, ehemals Twitter, zur Einigung auf das Quick-Freeze-Verfahren. Bei diesem können Ermittlungsbehörden relevante Daten umgehend bei den Providern einfrieren lassen, wenn der Verdacht auf eine Straftat besteht. Wenn sich im Verlauf der Ermittlungen zeigt, dass die Daten tatsächlich für das Verfahren relevant sind, dürfen die Ermittler darauf zugreifen. Sowohl das Einfrieren als auch die Übermittlung an die Behörden müssen aber gerichtlich angeordnet werden.

Im Gegenzug zu dieser Einigung stimmte die FDP einem ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben aus dem sozialen Mietrecht zu: Die 2025 auslaufende Mietpreisbremse soll bis 2029 verlängert werden. Die Liberalen hatten ihre Zustimmung dazu mit einer Einigung bei der Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung verknüpft. ■ Seite 6

## Mit Sorgen in die Zukunft

### Zwei Monate vor Kommunalwahl herrscht miese Stimmung

Von Dieter Klink

Karlsruhe. Die Jüngeren in Baden-Württemberg blicken weitaus optimistischer in die Zukunft als die älteren Mitbürgerinnen und Bürger. Laut dem Baden-Württemberg-Check, der Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der regionalen Tageszeitungen im Südwesten, sehen 41 Prozent der unter 30-Jährigen und sogar 44 Prozent der 30- bis 44-Jährigen mit Hoffnungen den kommenden zwölf Monaten entgegen. Bei den 45- bis 59-Jährigen sind das nur 25, bei den 60- und 70-Jährigen nur 19 Prozent. „Generell ist Zukunftsoptimismus altersabhängig, zurzeit allerdings besonders ausgeprägt“, stellt das Institut für Demoskopie im Baden-Württemberg-Check dazu fest.

Insgesamt hat sich die Stimmung in Baden-Württemberg in den vergangenen drei Monaten jedoch noch nicht nennenswert aufgehellt. Von der Bevölkerung insgesamt blicken 30 Prozent mit Hoffnungen in die Zukunft, 29 mit Skepsis und 26 mit Befürchtungen. Das Institut aus Allensbach fragte im Auftrag der baden-württembergischen

### Wichtige Lokalberichterstattung

„Wie wichtig finden Sie es, dass in den Medien ausführlich über das Geschehen in der Kommune und die Kommunalpolitik berichtet wird?“



Tageszeitungen zudem nach den Themen, die die Menschen auf lokaler Ebene interessieren. Zu den wichtigsten Themen zählen demnach Wohnungsbau, Arztenversorgung, Flüchtlingssituation und Verkehrspolitik.

Bei der letzten Kommunalwahl 2019 lag die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg bei 59 Prozent. Aktuell sind laut der Umfrage 62 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung entschlossen, an den Kommunalwahlen am 9. Juni teilzu-

nehmen. Bei ihrer Entscheidung für bestimmte Kandidaten und Parteien sind denjenigen, die zur Wahl gehen wollen, vor allem Inhalte wichtig: 68 Prozent machen ihre Wahlentscheidung unter anderem von den Zielen und Programmen der Parteien und Kandidaten vor Ort abhängig, 54 Prozent von der Haltung zu bestimmten Projekten, die den Bürgern persönlich wichtig sind.

Für nur 19 Prozent ist die Parteizugehörigkeit der Kandidatinnen und Kandidaten wichtig. Allerdings ist davon auszugehen, dass über den Bundeseinfluss die Parteizugehörigkeit doch wieder eine größere Rolle spielt: Immerhin 39 Prozent wollen ihre Wahlentscheidung von der Politik der Parteien auf Bundesebene abhängig machen. „Angesichts der derzeitigen Unzufriedenheit mit der Ampel-Koalition in Berlin bedeutet dies einen nicht unbedeutlichen Gegenwind für die Kandidaten der Koalitionsparteien“, heißt es. Die wichtigste Informationsquelle über das lokale Geschehen ist laut der Umfrage die regionale Tageszeitung: 58 Prozent informieren sich in der regionalen Tageszeitung. Bei denjenigen mit ausgeprägtem Interesse am lokalen Geschehen ist die Quote sogar noch höher: 70 Prozent von ihnen informieren sich in der regionalen Tagespresse wie den BNN. Das Institut hat Mitte März insgesamt 1.029 Menschen befragt. ■ Kommentar, Südwestecho

## Nicaragua schließt Botschaft

Managua/Wien (dpa). Nach der Klage Nicaraguas gegen Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord im Gazastreifen hat der mittelamerikanische Staat seine Botschaft in Berlin endgültig geschlossen. Die Dienstgeschäfte würden künftig von Nicaraguas diplomatischer Vertretung in Österreich übernommen, bestätigte eine Mitarbeiterin der nicaraguanischen Botschaft in Wien am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur auf Anfrage. Auch die Konsularaufgaben werden demnach künftig von Wien aus erledigt.

Nicaragua beschuldigt Deutschland vor dem höchsten UN-Gericht der Beihilfe zu einem Völkermord im Gazastreifen durch die Lieferung von Waffen an Israel. Deutschland hat die Klage als haltlos zurückgewiesen. Nicaragua fordert unter anderem den sofortigen Stopp der Rüstungslieferungen an Israel sowie die Wiederaufnahme der Finanzierung des UN-Palästinenserhilfswerkes UNRWA im Gazastreifen.

### WETTER

1° | 19°



### SERVICE

service.bnn.de/kontakt  
 (0 72 21) 93 96-0  
 (0 72 25) 96 96-0  
 (0 72 22) 3 86-0

### HIER FINDEN SIE UNS:

bnn.de  
 bnn.de/facebook  
 bnn.de/instagram



Einzelpreis: Montag – Freitag € 3,10 | Samstag € 3,30

## Bahn legt Tunnelbohrer frei

### Maschine steckt seit der Havarie bei Rastatt-Niederbühl fest

Rastatt (dm). Mehr als sechseinhalb Jahre nach der Havarie im Rastatter Tunnel hat die Bahn mit der Freilegung und Demontage des damals verschütteten und dann einbetonierten Tunnelbohrers bei Rastatt-Niederbühl begonnen. Teile des Schilds und des Schneidrads sind bereits zu sehen. Es wird jedoch Monate dauern, bis die Vortriebsmaschine vollständig zerkleinert und abtransportiert ist.

Für die Bahn ist die Bergung eine Voraussetzung für den Weiterbau der Ostrohre des Tunnels, ein wichtiger Bestandteil des Ausbaus der Rheintalbahn. Bei Niederbühl hatten sich im August 2017 die Gleise gesenkt, unter denen sich die Bohrmaschine durch die Erde fraß. In der Folge musste die viel befahrene Bahnstrecke rund sieben Wochen gesperrt werden, und die Tunnelfertigstellung verzögerte sich um vermutlich vier Jahre. Ende 2026 soll das Bauwerk in Betrieb gehen. ■ Lokales



Ein kleiner Teil der im August 2017 havarierten Tunnelvortriebsmaschine „Wilhelmine“ ist bereits in der Baugrube zu sehen. Foto: Uli Deck/dpa

## 60 Tage Bettruhe für die Forschung

Köln (dpa). Als Vorbereitung für einen möglichen Flug zum Mond oder Mars wollen Wissenschaftler genauer untersuchen, wie der menschliche Körper auf 60 Tage strikte Bettruhe reagiert. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sucht Freiwillige, die sich in Köln an der Studie beteiligen. Sie sollen als „terrestrische Astronauten“ die lange Reise in der Schwerelosigkeit zu einem anderen Himmelskörper simulieren, indem sie 60 Tage in einem Bett mit abgesenktem Kopfteil liegen. Die Betten der Studienteilnehmer seien um sechs Grad geneigt, so dass der Kopf niedriger liegt als die Füße. „Bei dieser Neigung verschieben sich die Flüssigkeiten im Körper fast genauso wie bei Astronauten und Astronauten im Weltall“, sagte Studienleiter Edwin Mulder.